

Sitzungsperiode 2021-2022  
Sitzung des Ausschusses I vom 14. März 2022

---

### INTERPELLATION\*

- **Interpellation Nr. 23 von Frau CREUTZ-VILVOYE (CSP) an Ministerpräsident PAASCH zum Plan für die Aufbau und Resilienzfazilität (ARF) der EU – mögliche Änderung der Finanzierung<sup>1</sup>**

Der ARF-Plan, das Herzstück der NextGenerationEU, umfasst 672,5 Mrd. EUR, um Investitionen und Reformen in der gesamten EU zu unterstützen.

Die EU reagiert damit auf die COVID-19-Krise und geht damit europaweite Herausforderungen an, indem sie sich zum dualen ökologischen und digitalen Übergang verpflichtet. Außerdem will die EU die wirtschaftliche und soziale Resilienz und den Zusammenhalt des Binnenmarkts stärken.

Am 23. Juni 2021 hat die Europäische Kommission (EK) eine positive Bewertung des belgischen Konjunktur- und Resilienzplans angenommen. Im Rahmen des Plans für Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) stehen Belgien EU-Finanzhilfen in Höhe von 5,9 Mrd. EUR in Aussicht.

Die EU-Kommission hat den belgischen Plan anhand der in der ARF-Verordnung festgelegten Kriterien geprüft. In ihrer Analyse untersuchte sie insbesondere, ob die im belgischen Plan vorgesehenen Investitionen und Reformen den „grünen“ und digitalen Übergang unterstützen, zur wirksamen Bewältigung der im Europäischen Semester ermittelten Herausforderungen beitragen und das Wachstumspotenzial, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit (Resilienz) stärken.

Der Finanzbetrag der Mitgliedstaaten im ARF-Plan wird gemäß der EU-Verordnung zur Einrichtung der Aufbau- und Resilienzfazilität<sup>2</sup> festgelegt:

Dabei werden 70% des Anteils für Belgien – vereinfacht ausgedrückt - auf der Grundlage der Wachstumskriterien des Pro-Kopf-Brutto-Inland-Produkts und der Arbeitslosenquote für 2019 bestimmt.

---

\* Die nachfolgend veröffentlichte Interpellation entspricht der von Frau Creutz-Vilvoye hinterlegten Originalfassung.

<sup>1</sup> [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA\\_21\\_481](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/QANDA_21_481)  
[https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility\\_de](https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility_de)

<sup>2</sup> <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R0241&from=DE>

Dieser Betrag ist festgelegt und wird nicht verändert.

Der Belgien für diesen Anteil zugewiesene Betrag beläuft sich auf 3,646 Mrd. EUR.

Die übrigen 30% werden erst am 30. Juni 2022 endgültig festgelegt, dabei werden ursprüngliche Schätzungen durch reale Ergebnisse des BIP im Zeitraum 2020-2021 ersetzt.

Genau das wirft Fragen auf.

Ursprünglich schätzte die Kommission diesen Betrag auf 2,279 Mrd. EUR.

Doch angesichts der besonders guten Wachstums- und Arbeitslosenzahlen Belgiens im Zeitraum 2020-2021 im Vergleich zu seinen Nachbarn scheint es jedoch, dass der Betrag nach unten korrigiert werden muss.

Erste Schätzungen der Belgischen Nationalbank von September 2021 besagen : « *la Belgique pourrait recevoir 750 millions d'euros de moins que prévu actuellement, les performances économiques de la Belgique ayant récemment été meilleures que celles d'autres États membres de l'UE* »<sup>3</sup>.

Im Dezember 2021 schien es, dass dieser Betrag noch weiter nach unten korrigiert werden müsste. Die Staatssekretärin für Haushaltspolitik, Eva De Bleeker, erklärte der Presse gegenüber, dass der belgische Finanzrahmen von 5,9 Milliarden Euro auf 4,55 Milliarden Euro reduziert werden müsse - ein Rückgang um etwa 1,35 Milliarden Euro.

Frau De Bleeker fügte allerdings hinzu, dass sich die Einschätzung dieser Berechnung durchaus noch ändern könne.<sup>4</sup>

Belgien hat der Europäischen Union einen Gesamtplan vorgelegt, der aus einer Aufstellung verschiedener Maßnahmen besteht, die von den verschiedenen Gliedstaaten des Landes befürwortet werden.

So hatten sich die Partner auf folgende Verteilung der ursprünglich geschätzten 5,95 Milliarden verständigt:

- 1,25 Mrd. EUR für den Föderalstaat;
- 2,25 Mrd. EUR für Flandern;
- 1,48 Mrd. EUR für die Wallonie;
- 495 Mio. EUR für die Föderation Wallonie-Brüssel (FWB);
- 395 Mio. EUR für die Region Brüssel-Hauptstadt;
- 50 Mio. EUR für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Die Revision des Gesamtbetrags des belgischen Anteils am ARF-Plan könnte also eine Anpassung des für jeden Partner vorgesehenen Betrages nach sich ziehen.

Die Hypothese der linearen Minderung der Beträge erscheint zum jetzigen Zeitpunkt zumindest plausibel. Aber wird das wirklich der Fall sein?

---

<sup>3</sup> <https://www.nbb.be/fr/articles/le-budget-de-lunion-europeenne-et-le-plan-de-relance-next-generation-eu-vont-ils-changer-la>

<sup>4</sup> "Sur la base des estimations d'automne 2020 de notre croissance, par la Commission européenne, nous avons évalué que les différents niveaux de pouvoir en Belgique pourraient compter tous ensemble sur 5,9 milliards. Sur la base des prévisions plus positives, dans les estimations d'automne de la Commission de cette année, le SPF Stratégie et Appui a calculé que ce montant pourrait baisser de 1,35 milliard. » <https://www.lalibre.be/economie/conjoncture/2021/12/07/le-financement-europeen-accorde-a-la-belgique-dans-le-cadre-du-plan-de-relance-rabote-de-14-milliard-deuros-3JMEXI4JJB5BC71C8YFFPBZ4U/>

Der wallonische Ministerpräsident Elio Di Rupo hatte am 14. Februar 2022 darauf hingewiesen, dass die Region 350 Millionen der von der EU erwarteten 1,5 Milliarden Euro verlieren könnte. Ein Verlust, den die Wallonie durch eine "Solidaritätsanstrengung" des Föderalstaates ausgleichen sollte, meinte er.<sup>5</sup>

Am 21. Februar befragt André Antoine (cdH) im Parlamentsausschuss der Fédération-Wallonie-Bruxelles Ministerpräsident Pierre-Yves Jeholet zum Ausmaß der erwarteten Minderung.

Jeholet gab zu, dass er momentan eher mit einer Minderung von 25% als mit einer von 15% rechne - ohne allerdings einen bestimmten Betrag zu nennen.

Jeholet erklärte ferner, dass diese Planung des europäischen Finanzrahmens sicherlich dazu führen würde, dass die Fédération-Wallonie-Bruxelles die Ausgaben für ihre Projekte nach unten korrigieren müsse. Im Gegensatz zu Elio Di Rupo glaube er nicht an eine Geste anderer Gliedstaaten. Hier müsse wohl jeder Gliedstaat eigene Anstrengungen machen, so Jeholet.

Auf Antoines Frage, ob die Fédération-Wallonie-Bruxelles das Geld möglicherweise leihen könne, um ursprünglichen Ansprüchen gerecht zu werden, wies Pierre-Yves Jeholet auf die bereits gefährlich wachsende Verschuldung hin und schloss neue Kredite aus. Anleihen müssten eines Tages zurückgezahlt werden, so Jeholet abschließend.

Die für 2022 vorliegenden Wachstumswahlen für Belgien sind wesentlich ungünstiger als die für den Zeitraum 2020-2021 angekündigten.

Folgt man den Veröffentlichungen der Europäischen Kommission, belegt Belgien den letzten Platz des EU-Rankings zu den Wachstumsaussichten der Jahre 2021-2022-2023<sup>6</sup>.

Dazu meine Fragen:

- 1. Inwiefern ist diese Diskussion auf Ebene des Ministerrates oder auf anderer Ebene zwischen den Betroffenen besprochen worden? Wie ernst ist die Lage?*
- 2. Wie positioniert sich die DG in dieser Diskussion?*
- 3. Gibt es ggf. Lösungsansätze und wie sehen diese aus?*
- 4. Wie hoch werden mögliche Verluste für die DG eingeschätzt?*
- 5. Wie gleicht die DG diese möglichen Verluste aus? Sind hierfür Reserven vorgesehen?*
- 6. Welche Projekte werden ggf. verschoben oder gar gestrichen werden müssen?*

---

<sup>5</sup> <https://www.lesoir.be/424242/article/2022-02-15/relance-budget-ou-energie-le-gouvernement-wallon-patauge>

<sup>6</sup> <https://europa.eu/webtools/rest/charts/export/html/>